

Junge Welt vom 18.03.2006

Retten, was zu retten ist – den Profit und die »Natur«

Von Klaus Pedersen

In unserer industrialisierten Welt ist Naturschutz eine angesehene Sache. Unter Umständen verbringen unsere Kinder ihre Freizeit bei den »Panda-Rangers« des World Wildlife Fund (WWF) oder einer anderen naturschutzorientierten Jugendgruppe. Uns ist bewußt, daß der Erhalt unserer Lebensgrundlagen mit dem Schutz der natürlichen Umwelt in Zusammenhang steht. Man geht gern »im Grünen« spazieren und sieht sich Tierfilme an, die darüber berichten, wie vom Aussterben bedrohte Arten doch noch gerettet werden, möglichst am Einzelschicksal illustriert.

Ressource Natur

Das verstellt den Blick darauf, daß »Natur« sehr konkreten Begehrlichkeiten bestimmter Branchen ausgesetzt ist, durch deren Geschäftsinteressen aber zugleich jene Natur zerstört wird, die sie zur langfristigen Sicherung ihrer Profite eigentlich benötigen. So hat die Pharmaindustrie ein natürliches Interesse am Erhalt der biologischen Vielfalt. Nach einschlägigen Schätzungen gehen 40 bis 60 Prozent aller heute zugelassenen Medikamente auf pflanzliche Inhaltsstoffe zurück. Zwar basiert inzwischen ein beträchtlicher Teil der Neuentwicklungen auf Zehntausenden firmeneigenen (d. h. patentgeschützten) Molekülen, die darauf getestet werden, ob sie für neue therapeutische Prinzipien geeignet sind. Aber bei den Pharmakonzernen besteht weiterhin Innovationsbedarf durch neu entdeckte pflanzliche Wirkstoffe. Das Schlüsselwort heißt Biopiraterie. Zu den klassischen Fällen gehören Ayahuasca, das »Drachenblut«, der Hoodia-Kaktus, Immergrün, der Neem-Baum und die »Teufelskralle«. Weniger spektakulär, aber gefährlicher sind die sogenannten Bioprospektionsprojekte. Bei diesen wird die Flora ganzer Gebiete systematisch erfaßt, werden Proben gesammelt und anschließend in chemisch-analytische oder molekularbiologische Labors geschickt. Die aufgrund solcher Untersuchungen angemeldeten Patente lassen sich in der Regel nicht zurückverfolgen, so daß Biopiraterie-Fälle dieser Art, die vermutlich massenweise auftreten, nicht bekannt werden. Nicht umsonst weigern sich die Industrienationen hartnäckig gegen eine Verpflichtung zur Offenlegung der geographischen Herkunft bei Patentanmeldungen, die biologisches Material betreffen.

Die Pharmaindustrie hat ein vitales Interesse am Erhalt der »Natur«, insbesondere in den wenig abgegrasteten tropischen Regionen. Gegenden, in denen, wie es die indische Ökofeministin und Trägerin des alternativen Nobelpreises Vandana Shiva ausdrückt, die Kolonien des 21. Jahrhunderts von den »Innenräumen der Körper von Frauen, Pflanzen und Tieren« gebildet werden (1). Das Abgrasen dieser Regionen – die Bioprospektion – erfordert jedoch mehr Zeit, als die verbreitet anzutreffende Zerstörung »unberührter« Natur zuläßt, die vom Profitstreben anderer Wirtschaftszweige direkt oder indirekt verursacht wird. Dieser Widerspruch ist ein plastisches Beispiel für einen der fundamentalen Widersprüche des

Kapitalismus, wo »der enormen Steigerung von Partialrationalitäten die Irrationalität des Ganzen dieser Gesellschaft ohne Vermittlung gegenüber[steht]« (2).

Dabei hat sich die »Irrationalität des Ganzen« der kapitalistischen Wirtschaftsweise als Phänomen bis in Regierungskreise herumgesprochen. Bereits im Jahr 2000 schrieb der »Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen« (WGBU) der Bundesregierung: »Die biologische Vielfalt, das natürliche Kapital unseres Planeten, erlebt gegenwärtig einen dramatischen Zusammenbruch: ihre '6. Auslöschung'. Sie könnte die letzte große Krise, bei der vor 65 Millionen Jahren u. a. die Saurier ausstarben, an Wucht sogar noch übertreffen.«

Strategie der Vertreibung

Die Gegenstrategie entfaltet sich – dem üblichen Politikstil folgend – in der Weise, daß aus korrekt beobachteten Phänomenen viele Schlußfolgerungen gezogen werden, ohne die Gründe jener Erscheinungen zu untersuchen. In der Medizin heißt das symptomatische Behandlung, die im günstigen Fall zu einer zeitweisen Linderung führt, ohne daß die Ursache der Krankheit beseitigt wird. Welche Risiken und Nebenwirkungen hat nun die von den herrschenden Eliten verordnete Therapie für die »Habenichtse« unseres Planeten?

Charles Geisler, Professor für ländliche Soziologie an der Universität Wisconsin, berechnete die Zahl jener, die allein in Afrika im Namen des Naturschutzes vertrieben wurden, auf über 14 Millionen (3). Für diesen Kontinent gibt es 25 Fallstudien, in denen sowohl die Protagonisten der Vertreibungen (der WWF ist siebenmal genannt) als auch die Details der Ereignisse beschrieben sind. Zum Beispiel führte die von der EU gesponsorte Schaffung eines biologischen Korridors zwischen dem Kibale Forest Reserve und dem Queen Elizabeth National Park in Uganda dazu, daß 30000 Waldbewohner und Kleinbauern ohne jede Vorwarnung ihre Existenzgrundlage verloren, »verbunden mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen, Massenverarmung, dem Niederbrennen und Plündern (der Behausungen), dem Abschlachten des Viehs und dem Tod von Angehörigen der indigenen Bevölkerung (4).

Das transnationale Naturschutzmanagement läßt es an eiskalter Rationalität nicht mangeln. Zu den Opfern der Bemühungen, das »natürliche Kapital« zu erhalten, zählen die Massai in Ostafrika, die Batwa in Uganda, die San in Botswana – oder die Karen in Thailand, die Huaorani in Ecuador, die Maya in Mexiko, Belize und Guatemala, 600000 Naturschutzflüchtlinge in Tschad und – offiziell eingestanden – 1.6 Millionen Adivasi in Indien. Weltweit wird die Zahl der Naturschutzflüchtlinge (nicht zu verwechseln mit Umweltflüchtlingen im Ergebnis von Naturkatastrophen) auf mehrere zehn Millionen Menschen geschätzt.

Vertreibungen gibt es in vielen Regionen, und deutsches Geld trägt dazu bei. Das Schutzgebiet Bosawas in Nicaragua wird von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit 2,56 Millionen Euro unterstützt, wobei die Mittel »zu etwa gleichen Teilen für intensive Schutzmaßnahmen (Demarkierungen, Bau und Ausrüstungen von Kontrollpunkten, Beschaffung von Fahrzeugen, Booten, Kommunikationsmitteln etc.) und für kleinere Projekte

der sozialen und gegebenenfalls wirtschaftlichen Infrastruktur« verwendet werden (Zitat aus der Projekt-Kurzbeschreibung). Gewährsleute vor Ort berichten, daß die nikaraguanische Naturschutzbehörde de facto unter deutscher Kontrolle steht und daß aus dem von der KfW mitfinanzierten Biosphärenreservat Bosawas wiederholt Menschen vertrieben wurden. Auf einer Versammlung am 5. 2. 2004 in Siuna (Bosawas), an der eine der Gewährspersonen teilnahm, sprachen Vertreter der Regierungsbehörde davon, daß die 663 im Jahr 2003 geräumten Personen nicht ausreichten und daß weitere Räumungen erforderlich seien. Eine entsprechende Forderung wurde in einem Brief des Umweltministers vom 12. 1. 2004 erhoben, der auf dieser Versammlung herumgereicht wurde. Unverblümt wurde ausgesprochen, daß es bei diesem »Entwicklungsprogramm« um die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung geht.

Rettung des Regenwaldes

Das korrekt beschriebene Phänomen des Verlusts an biologischer Vielfalt findet seinen dramatischen Ausdruck in der galoppierenden Vernichtung der Regenwälder. Aber der biologische Reichtum in den Ländern des Südens ist auch Teil der Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung. Aufgrund der herrschenden sozial-ökonomischen und politischen Verhältnisse unterliegt er einer rasanten Zerstörung. Ein Beispiel ist der grüne Gürtel Mittelamerikas, der sich von Oaxaca (Südmexiko) bis nach Panama zieht. Von den transnationalen Naturschutzexperten wird er der »Mittelamerikanische Biologische Korridor« genannt. Hier tummeln sich auf 0.5 Prozent der globalen Landfläche 17 Prozent aller terrestrischen (auf dem Land lebenden) Tier- und Pflanzenarten. Zugleich leben in dieser Region etwa 25 Millionen Menschen. Jene, die durch Brandrodungen den Regenwald zerstören, tun das in der Regel nicht freiwillig. Viele von ihnen sind durch die für jene Länder typische ungerechte Landverteilung extrem marginalisiert.

In Guatemala beispielsweise besitzen zwei Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des bebaubaren Landes. Große Flächen des Großgrundbesitzes liegen brach. Trotzdem werden Landbesetzer (die eigentlich nur die Versprechungen des 1996 zwischen der Regierung und der Guerilla abgeschlossenen Friedensvertrags einfordern) mit polizeilicher und paramilitärischer Gewalt vertrieben. Neben der Migration in die USA ist für diese landlosen guatemalteckischen Campesinos die Brandrodung im vermeintlichen Niemandsland der Urwaldregion des Petén die einzige Perspektive. Dabei folgen sie den Straßen der Holzfirmen und den Trassen der Ölunternehmen, die ihrerseits unbehelligt bis in die Kernzonen der Naturschutzreservate hinein operieren. Das Resultat ist ein jährlicher Waldverlust von 400000 Hektar in der Nordhälfte des »Mittelamerikanischen Biologischen Korridors«, zu dem der Petén gehört. Bei Fortsetzung dieses Tempos wird der Wald im Jahr 2015 verschwunden sein – eine ökologische Katastrophe mit eindeutig sozialen Ursachen – und sozialen Folgen.

Für die Eliten des Nordens hat die Eindämmung des Regenwaldverlusts keine existentielle, sondern eine strategische Bedeutung. Die Sicherung Biodiversität – in Form von »Entwicklungszusammenarbeit« – ist Aufgabe des Staates, getreu dem Prinzip, Aufwendungen (bzw. Verluste) zu sozialisieren und (spätere) Gewinne zu privatisieren. Es ist dieses Prinzip und nicht die Erhaltung der biologischen Vielfalt an sich, die kritisiert werden muß. Wenn man die im Internet recherchierbaren Summen addiert, welche die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Laufe der Jahre allein in

Lateinamerika in Biodiversitätsprojekte investiert hat, ergibt sich eine Summe von über 100 Millionen Euro. Im günstigen Fall wird dabei – als Nebeneffekt – auch zum Erhalt der Existenzgrundlage der lokalen Bevölkerung beigetragen. Aber oftmals sind an den Naturschutz (= Ressourcenschutz) Forderungen nach menschenleeren Räumen geknüpft, was – wie oben beschrieben – Abermillionen Entwurzelte zur Folge hat.

Landfrage und Ökologie

Den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen bedeutet, Kollisionen mit anderen Profitinteressen (Großgrundbesitzer, extraktive Industrie) zu vermeiden, ungerechte sozialökonomische Verhältnisse unangetastet zu lassen und statt dessen das schwächste Glied der Kette anzugreifen: die lokale Bevölkerung. Die plötzlichen Eruptionen von ökologischem Enthusiasmus seitens der Weltbank und anderer Institutionen haben dazu geführt, daß sich die offiziell geschützten Flächen innerhalb von 16 Jahren verdoppelt haben. Mittlerweile sind über zwölf Prozent der globalen Landfläche – über 30 Millionen km², mehr als die gesamte Fläche des afrikanischen Festlands, geschützt. Noch immer kommen neue Flächen hinzu. Private Naturschutzgebiete erfreuen sich wachsender Beliebtheit. In Guatemala ließen allein im Jahr 2001 die Besitzer von 31 privaten Reservaten insgesamt ca. 12000 Hektar Fläche registrieren. Das 1990 von der World Parks Commission gesetzte Ziel, zehn Prozent unseres Planeten unter Schutz zu stellen, ist deutlich überschritten – ein makaberer Gegensatz zu den Zielen der Halbierung der Zahl der Hungernden und der Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes, Ziele, deren Verfehlung absehbar ist.

Typisch ist auch, daß viele ältere Biosphärenreservate und Naturschutzparks jahrzehntelang nur auf dem Papier existierten, so daß die in ihnen lebenden Menschen kaum etwas davon verspürten. Zuweilen wurde die Besiedlung zuvor menschenleerer Naturräume geduldet oder sogar aktiv von der jeweiligen Regierung unterstützt – als Ventil zur Entschärfung schwelender sozialer Konflikte.

Ein klassisches Beispiel ist die Siedlungspolitik der mexikanischen Regierung im lakandonischen Urwald in Chiapas. In den 50er und 60er Jahren siedelten sich dort 4000 Familien an, von denen 17 sogar über eine Genehmigung des Präsidenten verfügten. Dann, im März 1978, gab es – schon damals auf Druck internationaler Naturschutzorganisationen – einen neuen präsidialen Erlaß, und das Biosphärenreservat Montes Azules wurde geschaffen. D.h. das Biosphärenreservat wurde, unter Ignorierung der Vorgeschichte, einem komplexen und heiklen Agrarkonflikt übergestülpt. Trotzdem, eine Fläche so groß wie Schleswig-Holstein, existierte danach für fast zwei Jahrzehnte nur auf dem Papier als Schutzgebiet.

Erst seit den 90er Jahren werden Vertreibungen angedroht und zum Teil durchgeführt. Man begann, nicht nur in den Montes Azules und anderen Regionen Mittelamerikas, sondern praktisch in allen biologisch bedeutsamen Regionen des Südens mit großem Eifer Demarkationsarbeiten durchzuführen, Bewirtschaftungsplänen zu erarbeiten und Parkranger auszubilden. Eine interessante Frage ist, ob der plötzliche Eifer, die »unberührte Natur« zu schützen, nur rein zufällig mit der vollen Entfaltung der Gentechnologie und der Entdeckung des (vom Norden verursachten) Klimawandels zusammenfällt. Umfangreiche Bioprospektionsprojekte, wie zum Beispiel die International Cooperative Biodiversity

Groups5, die mit Millionen-Budgets in elf verschiedenen Ländern operieren und die intensiv mit molekularbiologischen Labors zusammenarbeiten, sprechen eher gegen einen zufälligen Charakter.

Naturschutzkonzerne

Die von ökonomischen Interessen diktierte Vertreibung der Urbevölkerung hat eine über 500 Jahre alte Tradition. Der Genozid, der mit der »Entdeckung« Amerikas begann, blieb nicht auf die amerikanischen Kontinente beschränkt. Bis in die heutige Zeit wird die indigene Bevölkerung rücksichtslos vertrieben, wenn es um den Zugriff auf Erdöl, Bodenschätze, Holz oder fruchtbaren Boden geht. Doch während Shell, British Petrol, International Paper und Bechtel einen vertrauten Klang haben, wenn derartige Fälle von Menschenrechtsverletzungen angeprangert werden, kamen in letzter Zeit einige Namen hinzu. Es handelt sich um Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die in den letzten zehn bis 15 Jahren zu multinationalen Unternehmen mutiert sind, deren Gelder von der Weltbank (d. h. dessen »grünem Arm«, der Global Environmental Facility), aus den Töpfen der »Entwicklungshilfe«-Ministerien der Industriestaaten und den Public-Relations-Budgets der Großkonzerne kommen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Mit diesen Organisationen sind weder NABU noch BUND gemeint, sondern transnationale Institutionen, die fernab von ihren Geldgebern, in den Ländern des Südens operieren.

Allen voran sind dabei die »großen Drei« zu nennen – der WWF, Conservation International und The Nature Conservancy, von denen in Deutschland der WWF mit seinem Stammsitz in der Schweiz am bekanntesten sein dürfte. Sie sind alle wieder dabei, wenn heute – von der EU finanziert – die Experten für »geschützte Gebiete« zusammentreten. Es geht um ein letztes Expertentreffen vor der 8. Konferenz der Vertragsstaaten der UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt (COP8), die vom 20. bis 31. 3. 2006 im brasilianischen Curitiba stattfindet.

»Greenwash«

Anfang 2004 wurde zum neunten Mal in Folge vergeblich versucht, auf einem Treffen der Vereinten Nationen in New York eine Resolution einzubringen, die die territorialen und Menschenrechte der indigenen Bevölkerung schützen soll. Im Entwurf dieser erneut gescheiterten UN-Deklaration heißt es: »Die Urbevölkerung darf nicht gewaltsam von ihrem Land oder Territorium entfernt werden. Es darf keine Umsiedlung stattfinden, ohne daß die indigene Bevölkerung ihr freies, informiertes Einverständnis gegeben und eine Einigung über gerechte, angemessene Entschädigung stattgefunden hat, wenn möglich mit der Option zur Rückkehr« (zitiert in 6). Während dieses Treffens erhob sich eine Delegierte der Indigenas und erklärte, daß, obwohl die extraktive Industrie nach wie vor eine ernsthafte Bedrohung darstelle, ihr neuer und größter Feind der »Naturschutz« sei.

Bereits vor sechs Jahren verfügten die »großen Drei« zusammen über einen Haushalt von 965 Millionen US-Dollar, Tendenz steigend. Conservation International (CI), gemeinhin unter dem Verdacht illegaler Bioprospektion in großem Stil stehend, konnte seine Einkünfte von 2004 zu 2005 auf 93 Millionen US-Dollar verdoppeln. Im Jahr 2005 operierte CI mit 114 Millionen US-Dollar in über 40 Ländern. Woher kommt das Geld? Neben Zuwendungen von großen privaten Stiftungen (wie der vom Gründer der Intel Corporation geschaffenen Gordon und Betty Moore Foundation) bezieht CI Gelder von der Weltbank und Regierungsbehörden verschiedener Industrieländer. Hinzu kommt »Corporate Sponsorship«, zu deutsch Firmenspenden. Die Liste dieser Geldgeber ist lang – 2005 spendeten 275 Unternehmen insgesamt sieben Millionen US-Dollar. Zu ihnen gehörten u.a. so leuchtende Vorbilder in Sachen Umweltschutz und kultureller Sensibilität wie BP, Coca Cola, Exxon, McDonalds, Monsanto, Walt Disney und Wal-Mart. In seiner kritischen Analyse des Naturschutz-Business fragt Mac Chapin vom World Watch Institute (7), »Ist es nicht ein bißchen sonderbar, daß im Jahr 2003 indigene Gruppen im Amazonasbecken von Oxfam bei ihrem Kampf gegen die Plünderung durch Chevron Texaco unterstützt wurden, während die drei großen Naturschutzorganisationen der gleichen Firma ein grünes Feigenblatt im Austausch gegen finanzielle Unterstützung lieferten?« Für das »grüne Feigenblatt« gibt es seit längerem den Begriff »Greenwash«. Dieser hat im Jahr 1999 Eingang in das offizielle Oxford English Dictionary gefunden und wird dort definiert als »Desinformation, die von einer Organisation verbreitet wird, um ein umweltbewußtes öffentliches Image zu verbreiten.«

Es lohnt sich also, genau hinzuschauen, wenn Firmen sich mit der Unterstützung von Naturschutzorganisationen brüsten. Es könnte sein, daß mit dem grünen Feigenblatt gleich zwei Dinge zugedeckt werden – die eigenen Umweltsünden und die Zerstörung der Existenzgrundlage ganzer Bevölkerungsgruppen.

1 Shiva, V. (2002): Biopiraterie. Kolonialismus des 21. Jahrhunderts. Unrast, Münster.

2 Metscher, T. (2005): Postmoderne und imperialistische Gesellschaft. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 62, 109-135.

3 Geisler, C. und de Sousa, R.: From Refuge to Refugee: the African Case. Public Administration and Development 21 (2001): 159-170.

4 Feeney, T. (1993): The Impact of a European Community Project on Peasant Families in Uganda. Oxfam Briefing, No. 6.

5 <http://www.fic.nih.gov/programs/icbg.html>

6 Dowie, M. (2005): Conservation refugees. Orion Magazine, <http://www.oriononline.org/pages/om/05-6om/Dowie.html>

7 Chapin, M.: A challenge to conservationists. World Watch Magazine, November/December 2004

Klassische Fälle von Biopiraterie

* Pflanze: Ayahuasca (*Banisteriopsis caapi*)

Nutzung: Antiparkinson

Land: Ecuador

Patenteigentümer: International Plant Medicine Corporation (USA)

* Pflanze: »Drachenblut« = Sangre de Drago (*Croton Draco*)

Nutzung: Antivirale Wirkung

Land: Ecuador

Patenteigentümer: Shaman Pharmaceuticals Inc. (USA)

* Pflanze: Hoodia-Kaktus (*Hoodia gordonii*)

Nutzung/Eigenschaften: Appetitzügler (Substanz P57)

Land/Region: Süden von Afrika / Kalahari-Wüste

Patenteigentümer: Phytopharm (Großbritannien)

* Pflanze: Immergrün = Rosy Periwinkle (*Catharanthus roseus*)

Nutzung: Leukämie (Vincristine) und Hodgkinschen Krankheit (Vinblastine); jährlicher Umsatz über 180 Mio. \$

Land: Madagaskar

Patenteigentümer: Eli Lilly Corporation (USA);

* Pflanze: Neem (*Azadirachta indica*)

Nutzung: vielfältig, u. a. Antimikrobiell

Land: Indien

Patenteigentümer: (u. a.) Max-Planck-Gesellschaft und W.R. Grace (USA), insgesamt mehr
Als 50 Patente

* Pflanze: Teufelskralle (*Harpagophytum procumbens*)

Nutzung: Rheumamittel, dritthäufigste Naturheilmittel in Deutschland

Land: Namibia

Vom deutschen Kolonialsoldaten G.H.Mehnert Anfang des 20. Jahrhunderts gestohlen